



Fotos (3): Herbert Schlemmer

„Reha vor und bei Pflege“ forderte der SoVD auf einer Pressekonferenz vor Medienvertretern und holte damit die Pflegereform aus ihrem Dornröschenschlaf.

Verband rückt Vorsorge und Rehabilitation in den Mittelpunkt

SoVD-Weckruf rüttelt Pflegediskussion wach

Seit Längerem streitet der SoVD für eine solidarische Pflegereform, die Betroffene und Angehörige angemessen berücksichtigt. Die Politik reagierte bisher lediglich mit Absichtserklärungen. Im Rahmen der Bundesverbandstagung wandte sich SoVD-Präsident Adolf Bauer daher mit einem „Weckruf“ an die Öffentlichkeit. Bauer forderte, die Bereiche Prävention und Rehabilitation – also alles, was zur Verhinderung und Abmilderung von Pflegebedürftigkeit beiträgt – stärker zu berücksichtigen.

In seinem Forderungspapier zur Pflegereform mahnt der SoVD ein Ende der Stillstandspolitik an. Anlässlich einer Pressekonferenz in Berlin lenkte SoVD-Präsident Adolf Bauer ein besonderes Augenmerk auf die Vermeidung von Pflegebedürftigkeit: „Rehabilitation und Prävention dürfen in der Diskussion um die Pflege nicht länger stiefmütterlich behandelt werden.“ Neben den direkt Betroffenen bräuchten auch die pflegenden Angehörigen Unterstützung. Sie seien wesentlich für den Erfolg von Rehabilitationsmaßnahmen verantwortlich.

Der Verband kritisiert, dass der Streit innerhalb der Regierungskoalition den Reformprozess zum Stillstand gebracht habe. Es sei unumstritten, dass Prävention und Rehabilitation zur Vermeidung und Verringerung von Pflegebedürftigkeit

beitragen sowie Lebensqualität und Teilhabe sichern. Dennoch würde diese Erkenntnis nicht entsprechend berücksichtigt. Reha für ältere Menschen sei weiterhin die Ausnahme: Nur

bei gut zwei Prozent der Pflegebegutachtungen durch die Medizinischen Dienste der Krankenversicherung (MDK) würden entsprechende Leistungen empfohlen.

Der SoVD fordert eine konsequente Umsetzung des Grundsatzes „Reha vor Pflege“. Zudem müssten die Anreize in der Pflege- und Krankenversicherung so gesetzt werden, dass sich eine Reduzierung der Pflegebedürftigkeit auch finanziell lohnt. Auch müsse das Angebot an geriatrischer Reha flächendeckend ausgebaut werden.

Eine medizinische Vorsorgeleistung benötigen nach Überzeugung des SoVD ebenfalls die pflegenden Angehörigen. Als „Pflegedienst der Nation“ leiden viele selbst unter der Last ihrer schweren Aufgabe.



SoVD-Pressesprecher Benedikt Dederichs (li.) und Verbandspräsident Adolf Bauer auf der Pressekonferenz in Berlin.



Der SoVD-Weckruf „Die überfällige Pflegereform zur Umsetzung von ‚Reha vor und



Das Interesse der Medien an den pflegethesischen Forderungen des SoVD war groß.

bei Pflege‘ nutzen!“ steht unter www.sovd.de im Internet zum Download bereit.

Bundesgesundheitsminister stellt enttäuschende Eckpunkte zur Pflegereform vor

War das etwa alles, Herr Bahr?

Am 16. November hatte sich das Bundeskabinett auf Eckpunkte für eine Pflegereform geeinigt. Die Beschlüsse wurden kurz nach der Bundesverbandstagung des SoVD in Berlin bekannt und stießen überwiegend auf Enttäuschung. Zwar enthalten die Pläne der Bundesregierung auch einige grundsätzliche Überzeugungen des SoVD, im Detail bleibt jedoch vieles unklar. Widerstand kündigte der Verband zudem dagegen an, dass die private Vorsorge (Pflege-Riester) ausgebaut werden soll.

Nach den Worten des damaligen Bundesgesundheitsministers Philipp Rösler sollte es das „Jahr der Pflege“ werden. Rückblickend war 2011 jedoch eher enttäuschend – zumindest, was Verbesserungen für pflegebedürftige Menschen oder pflegende Angehörige angeht. Wichtige Bereiche – wie etwa die Umsetzung eines neuen Pflegebedürftigkeitsbegriffes – wurden vertagt. Vieles andere bleibt im Detail unklar.

So heißt es in den Eckpunkten des Koalitionsvertrages für die

Pflegereform unter anderem, dass Pflegebedürftige bedarfsgerechte Leistungen brauchen, die ihnen ein Leben in Würde ermöglichen. Unklar bleibt jedoch, was mit „bedarfsgerecht“ gemeint ist. Ebenso positiv klingt es, wenn davon die Rede ist, man wolle den Grundsatz „ambulant vor stationär“ weiter stärken oder die Attraktivität des Pflegeberufes steigern. Zu den Details, wie dies genau geschehen soll, schweigt die Spitze der schwarz-gelben Koalition allerdings.

Konkreter eingegangen wird einzig auf den Bereich der Finanzierung. So soll der Beitragssatz der Pflegeversicherung zum 1. Januar 2013 um 0,1 Beitragssatzpunkte angehoben werden. Dadurch würde etwas mehr als eine Milliarde Euro zusätzlich zur Verfügung stehen, was unter anderem Demenzkranken zugutekommen soll. Hierfür wie auch für andere angekündigte Maßnahmen sind diese zusätzlichen Mittel jedoch äußerst knapp bemessen. Das weiß auch Bun-

desgesundheitsminister Daniel Bahr (FDP). In dem Eckpunktetpapier wird daher die private Vorsorge als ein „wichtiger Baustein für die persönliche Absicherung in der Zukunft“ gelobt. Widerstand gegen derartige Pläne hat der SoVD angekündigt. Denn wie bereits bei der privaten Altersvorsorge liefe das Konzept der Koalition letztlich auf einen sogenannten Pflege-Riester und damit auf eine Schwächung der solidarischen Pflegeversicherung hinaus.



Dieses Plakat weist auf die pflegethesischen Forderungen des SoVD hin.